



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

P/VI/55

6. März 1951.

Hinweise  
auf den Inhalt:

Zur Europa-Armee	S.1
Bevins Nachfolger	S.3
Amerika zum Tode Hugo Heimanns	S.3
Ostzonen-Deutsche mit West-Pass	S.4
Mr. Buttenwiesers Zeigefinger	S.5

## Bonn und die Plevensplan-Konferenz

(sp) Die Bundesregierung will der Pariser Konferenz über den Plevens-Plan konkrete Vorschläge machen, wie sie sich die Organisation der deutschen Kontingente im Rahmen des Planes denkt. Vermutlich wird der Bundeskanzler nach Unterbreitung der Vorschläge erklären, er habe kein Angebot zur Mitarbeit in Plevens Zwei-Klassen-Armee vorgelegt. Genau so, wie er heute behauptet, im vergangenen Jahr keine Offerten für einen überstürzten deutschen Verteidigungsbeitrag gemacht zu haben. Dr. Adenauer scheint eine wahre Passion für Verhandlungen zu haben, in denen die Bundesregierung Partner zweiten Ranges ist. Die bisherigen Erfahrungen, dass sich dann im Laufe der Konferenzen keineswegs die Gleichberechtigung ergibt, sondern die Partner ersten Ranges es als selbstverständlich annehmen, dass die Bundesregierung in einen Kompromiss einwilligt, der von den Stärkeren bestimmt wird, haben den Bundeskanzler nicht beeinflusst. Lange Zeit schienen dem Kanzler solche Gelegenheiten zu aussenpolitischer Betätigung sogar wichtiger zu sein als das Einholen einer Ermächtigung durch das Parlament. Diese Haltung hat sich seit der praktischen Lösung des Problems der Auslandsschulden durch Mitarbeit des Bundestagsausschusses für das Auswärtige zweifellos gebessert, wie wir glauben, auch zum Nutzen der Politik der Bundesregierung, das heisst des Bundeskanzlers.

Was ihn jetzt bestimmt, sich an dem unglücklichen Projekt des Pleven-Planes auch noch aktiv engagieren zu wollen, ist mit politischen Gründen nicht mehr erklärbar. Gerade in diesem Augenblick müsste es die Maxime des Bundeskanzlers sein, Massnahmen einzuleiten, die der Herstellung einer vollen Gleichberechtigung dienen. Pläne, die im Endeffekt nichts anderes zum Ziele haben, als ein längst überholtes Besatzungsregime zu modifizieren, sind das Gegenteil dessen, was die Regierung tun müsste; sie würden die Gleichberechtigung und damit auch die einzige Art der Zusammenarbeit in Europa verhindern, die dem Westen seine fehlende Stärke endlich sichern soll. Es gibt keine reellen Voraussetzungen für deutsche Vorschläge im Rahmen des Pleven-Planes. Es gibt auch keine Gründe, jetzt mit Angst und Eile jedes Gleis zu befahren, an dessen Ende Truppentransporte stehen. Der Pleven-Plan, mit dem der damalige französische Premier vor allem seine Gegner an der Seine zufriedenstellen wollte, ist ein möglicherweise sehr kurzes, aber gewiss ein totes Gleis. Es endet, bevor überhaupt von der politischen und militärischen Gleichberechtigung der Bundesrepublik gesprochen wird. Nur diese Gleichberechtigung ist jedoch die Voraussetzung für jede mögliche Entscheidung über einen deutschen Verteidigungsbeitrag.

Deutsche Vorschläge, die im Rahmen des Pleven-Planes gemacht werden, müssen von vornherein gegen diese Voraussetzungen wirken. Sie diskreditieren die Bemühungen um eine echte Zusammenarbeit und sprechen scharf gegen den, der sie verlangt, wie den anderen, der sie unterbreitet. Wenn die Bundesregierung ihren Standpunkt zu militärtechnischen Fragen klarlegen will, dann hat sie in den Gesprächen ihrer Delegierten Blank, Spedel und Heusinger auf dem Petersberg die Gelegenheit, ohne an einem Projekt mitzuarbeiten, das sich mit deutscher und mit europäischer Politik nicht vereinbaren lässt. Wer ausser dem Bundeskanzler unterstützt in Deutschland noch deutsche Vorschläge für den Pleven-Plan? Nicht einmal die Mehrheit der Bonner Koalitionsparteien. Trotzdem soll Geheimrat Dr. Rödiger diese Vorschläge den einen aktiven, den vielen passiven und den restlichen nur "interessierten" Gesprächspartnern in Paris vorlegen.

Morrison's Debut.  
- - - - -

B.G. London, Anfang März.

Mit einer einstündigen Rede, die sich von A bis Z mit Aussenpolitik befasste, durchbrach Lord-Ratspräsident Herbert Morrison die Kabinettsregel, dass ein nicht zum Foreign Office gehöriger Minister nicht öffentlich über Grundsätze der Aussenpolitik sprechen darf. Diese Tatsache wird allgemein als Bestätigung der bevorstehenden Ernennung Morrisons zu Ernest Bevin's Nachfolger als Aussenminister angesehen. Mit Bevin's Rücktritt vom Amt (nicht aber der Aufgabe seines Unterhaussitzes) wird noch in dieser Woche gerechnet, vielleicht kommenden Freitag, 9. März, wenn er 78 Jahre alt wird. Er wird höchstwahrscheinlich als "Minister of State" (d.h. Minister ohne Portefeuille) Mitglied des (inneren) Kabinetts bleiben. Einen Lordstitel mit Sitz im Oberhause soll er kurzerhand abgewiesen haben.

+ + +

Amerika zum Tode Hugo Heimanns  
- - - - -

H.St., New York, Anfang März.

Der Tod von Hugo Heimann, dem Veteran der deutschen und vor allem der Berliner Sozialdemokratie, hat in den Vereinigten Staaten, wo Heimann die letzten Jahre seines Lebens verbrachte, ein lebhaftes Echo geweckt. Der langjährige Ehrenbürger von Berlin, Stadtverordnete und Reichstagsabgeordnete war in Amerika wohl bekannt und hatte hier zahllose Freunde, obwohl er in Anbetracht seines hohen Alters (er starb kurz vor seinem 92. Geburtstag) in keiner Weise mehr aktiv wirkte und das jüdische Altersheim in New York, in dem er seine letzten Jahre verbrachte, kaum noch verliess. Als Gründer der Berliner Volksbüchereien, als standhafter und aufrechter Demokrat und Philantrop hatte Heimann hier seit vielen Jahren einen guten Namen.

Anlässlich seines Todes widmeten ihm die Zeitungen lange und ausführliche Nachrufe, in denen sie vor allem an seine kommunalpolitische Tätigkeit erinnerten. Der Trauerfeier für den Verstorbenen wohnte eine überaus zahlreiche Trauergemeinde bei, - ein sprechender Beweis für die Sympathie, deren sich Heimann auch in der Fremde in weitesten Kreisen erfreut hatte.

6.3.1951.

Hugo Heimann blieb zweifellos für die Amerikaner, die von seinem Lebenswerk Kenntnis hatten oder persönlich seine Bekanntschaft machten, stets ein Fremder, ein Europäer, ein Gast aus einem anderen Kontinent. Aber er repräsentierte in ihren Augen die beste, freiheitlichste, zukunftsreichste Seite Europas und zugleich ein Monument unversiegbarer Güte und unerschütterlicher Liebe zum Nebenmenschen.

+ + +

Ostzonen-Deutsche mit West-Pass.

-----

d.g. Im Zuge des langwierigen Überganges bisher ruhender Souveränitätsrechte auf die Bundesrepublik ist in diesen Tagen auch die Passhöhe in deutsche Hände überführt worden. Freilich ist es noch kein absolutes deutsches Hoheitsrecht geworden, denn die Alliierten haben verschiedene Vorbehalte angemeldet, deren Anwendung allerdings auch im eigenen deutschen Interesse liegen wird. Dieser "Schönheitsfehler" der sogenannten alliierten "Scharzen Listen" wird aber weitgehend aufgewogen durch eine politisch bedeutsame Bestimmung, welche die Regierung in den Entwurf einer bundesgesetzlichen Regelung des Passwesens aufgenommen hat und die zeigt, dass die Bundesrepublik - wie es im Grundgesetz heisst - "auch für jene Deutschen handelt, denen mitzuwirken versagt" ist. Auch den Deutschen in der Ostzone oder Ost-Berlin soll mit der Wiedererlangung der deutschen Hoheitsrechte das Tor zur freien Welt wieder geöffnet werden. Die Grundlage für die Ausdehnung der Passhöhe auf Gesamtdeutschland bietet der Artikel 116 des Grundgesetzes, der den Begriff "Deutscher" definiert.

Der praktischen Inanspruchnahme eines Auslandspasses durch Ostzonenbewohner stehen freilich noch durch den Interzonenpasszwang Schwierigkeiten im Wege, die nicht von den Deutschen beseitigt werden können. Aber die zu erlassenden Durchführungsbestimmungen zu dem neuen Gesetz werden sicherstellen, dass Bewohner der Sowjetzone an ihrem jeweiligen Aufenthaltsort in der Bundesrepublik mit einem "Deutschen Reisepass" ausgestattet werden können, soweit sie die allgemeinen Voraussetzungen dazu erfüllen. Wenn in den nächsten Wochen für die Einreise von Ostzonenbewohnern in die Bundesrepublik schärfere Massnahmen ergriffen werden, so wirken sie dem vorerwähnten Passgesetz keineswegs entgegen, sondern stellen lediglich eine längst fällige Sicherung gegen kommunistische Infiltrationsversuche dar. Die Bundesrepublik als Brücke zur Welt kann und will nur freien Deutschen dienen.

+ + +

- 5 -

Mr. Buttenwiesers Zeigefinger

-dt. Wohl nicht zufällig hat Mister Buttenwieser, stellvertretender Hoher US-Kommissar, in Bremen, einen Tag vor der Übergabe des revidierten Besatzungsstatuts der deutschen Öffentlichkeit die Bedenken vorgezählt, die die Alliierten gegenüber einer hundertprozentigen deutschen Gleichberechtigung haben. "Gleichberechtigung" ist in diesem Fall wohl etwas unklar ausgedrückt, treffender wäre der Begriff "Souveränität" gewesen, der Wunsch der Deutschen, Herr im eigenen Hause zu sein. Dieser Wunsch jeder freien Nation duldet unter den heutigen Umständen neben sich keinen "Gleichberechtigten", es sei denn, dass man uns Deutsche gleichberechtigt mit anderen Nationen, auch über französische Fragen, über norwegische Probleme europäischer Tragweite usw. abstimmen lässt, also eine Gleichberechtigung von der Art etwa, wie man sich ein geeintes Europa vorgestellt hatte.

Aber angenommen, dass Mister Buttenwieser die nationale Souveränität im Sinn hatte, die die Voraussetzung für die Gleichberechtigung im internationalen Kreise ist: es lohnte sich, die vier Fragen zu untersuchen, die der stellvertretende amerikanische Hohe Kommissar als Maßstab für ein demokratisiertes Deutschland gestellt hat. Sie enthalten in einprägsamer Kürze und aus der Praxis gegriffen alle klassischen und modernen Postulate eines demokratischen Staatswesens und sie sind umso mehr berechtigt, als sie an ein Volk gerichtet sind, das eine bewegte Vergangenheit hinter sich hat.

Es ist schade, dass der Autor dieses "Prüfungsstoffes" ein Ausländer, ein Amerikaner ist und dass hinter den vier Fragezeichen der erhobene Zeigefinger aus der Zeit der "Reeducation" sichtbar wird. Aber das sollte nicht daran hindern, dass wir unsere Verhältnisse mit Hilfe dieser Fragen gründlich analysieren und zu einem Urteil kommen. Freilich wäre das Urteil unbefangener, also wahrer, wenn es nicht mit der von den Siegern zu verabreichenden deutschen Souveränität verquickt wäre und darum hätten diese vier Fragen von einem berufenen deutschen Gremium gestellt und von einem möglichst grossen Teil des deutschen Volkes beantwortet werden müssen. Das wäre dann ein wirklicher Prüfstein für die demokratische Reife unseres Volkes gewesen, ein vom Volk selbst geschriebener Kommentar zugleich zu eineinhalb Jahren Bundesrepublik.

Verantwortlich: i.V. Josef Schmidt